

ANNALI DI SOCIOLOGIA SOZIOLOGISCHES JAHRBUCH

18. 2010-2012

IDENTITÀ E CONFINI DELL'EUROPA
IDENTITÄT UND GRENZEN EUROPAS

a cura di/herausgegeben von

Max Haller

2014

Associazione Italo-Tedesca di Sociologia
Italienisch-Deutsche Gesellschaft für Soziologie

c/o Università degli Studi di Trento
Via Verdi, 26 - 38122 TRENTO - Tel. 0461-281344 - e-mail: annsoc@soc.unin.it

Vorwort

Vor nunmehr 57 Jahren unterzeichneten in Rom sechs europäische Länder, die während des Zweiten Weltkriegs zum Teil noch Krieg gegeneinander führten, ein Abkommen, das die 1951 gegründete europäische Gemeinschaft, die EGKS, stark vertiefte und dem wirtschaftlichen und politischen Einigungsprozess in Europa einen neuen Aufschwung gab. Dieser Prozess vertiefte kontinuierlich und in Schüben: 1973 durch die Integration von Großbritannien, Irland und Dänemark, 1981 von Griechenland, 1986 von Portugal und Spanien, 1995 von Österreich, Finnland und Schweden, 2004, nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, durch neun postkommunistische osteuropäische Länder und Zypern, 2007 durch Bulgarien und Rumänien und 2013 durch Kroatien. Weitere Nachfolgestaaten von Jugoslawien sowie die Türkei führen Beitrittsverhandlungen bzw. stehen vor der Tür. Die Europäische Union grenzt heute an große Teile der russischen Föderation, an Weißrussland, an die Ukraine, an Moldawien und die Türkei. Die EU hat gut eine halbe Milliarde Einwohner und ist zu einem Magneten für alle benachbarten Länder geworden. Die Ostgrenzen der Europäischen Union sind noch lange nicht definitiv, denn auch einige Länder der ehemaligen Sowjetunion streben einen Beitritt an. In der Ukraine führte die Spaltung zwischen Anhängern eines pro-EU-Kurses und jenen, die für eine Beibehaltung der Beziehung zu Russland votieren, in diesem Jahr (2014) fast zu einem Bürgerkrieg. Außer Weißrussland gehören alle postsowjetischen Länder bereits dem Europarat an, der ersten gesamt europäischen Organisation nach dem Zweiten Weltkrieg, die als bedeutender Ort des Austauschs und der politischen Zusammenarbeit unter Staaten, Parlamenten, regionalen und lokalen europäischen Verwaltungen unabhängig von ihrer EU-Zugehörigkeit entstanden ist. Es gibt sogar Vorschläge, die EU auf Israel und andere an das östliche und südliche Mittelmeer angrenzende Länder auszuweiten.

Die Erweiterung der EU brachte und bringt immer wieder Probleme in Bezug auf die Funktionsweise der gemeinschaftlichen Institutionen mit sich. Der Vertrag von Lissabon, der ein systematisches neues institutionelles Rahmenwerk für die EU darstellt, sollte eine Antwort auf diese Probleme darstellen, bringt aber selbst wieder die Frage nach der Definition der europäischen Identität und nach dem Umgang mit den Grenzen der EU mit sich. Die europäischen Institutionen (EU und Europarat) haben die Einhaltung der Menschenrechte, das Bestehen eines Rechtsstaates sowie der Regeln der Demokratie (sowie natürlich die Übernahmen aller bereits bestehenden internen Regelungen) als Kriterien für die Zulassung zum Beitritt festgelegt, aber keine weiteren Kriterien bezüglich der Identität oder Zugehörigkeit ausdrücklich genannt. Ein großer Teil der europäischen Völker empfindet diese Kriterien jedoch als unvollständig. Dies gilt insbesondere in Bezug auf Länder wie die Türkei, die durch eine vorwiegend islamische Kultur

geprägt sind, die sich von dem sonst vorwiegenden christlichen Einfluss abhebt. Sollten die Beitrittsverhandlungen positiv abgeschlossen werden – was durchaus anzunehmen ist – und die Europäische Kommission die Aufnahme der Türkei empfehlen, könnte sich eine starke Zerreißprobe ergeben, da ja mehrere Länder (wie Frankreich, Deutschland und Österreich) grundsätzliche Vorbehalte dagegen hegen bzw. eine diesbezügliche Volksabstimmung angekündigt haben. Die Fragen dieses Bandes sind daher hochaktuell: Was sollen die kulturellen Grundzüge der erweiterten europäischen Union sein? Reicht eine Gemeinschaft aus, die – abgerechten aufbaut, oder ist es aus geschichtlichen Gründen und im Hinblick auf die Zukunft notwendig, auch andere Prinzipien und Werte, also Faktoren einer gemeinsamen europäischen Identität, zu benennen und in Verträgen zu verankern? Die Grundfrage dieses Bandes lautet also, in welchem Verhältnis die «Idee Europa» und die reale Europäische Union zueinander stehen.

Zwei Faktoren haben das Bewusstsein, einer neuen politischen Gemeinschaft anzugehören, zweifellos verstärkt, nämlich die Unterzeichnung des Schengener Abkommens durch die meisten EU-Länder und auch einiger anderer Staaten, sowie die Einführung der gemeinsamen Währung. Die Mitglieder des Schengener Vertrages haben in der Folge die Kontrolle ihrer Außengrenzen verstärkt, die Binnengrenzen jedoch größtenteils abgeschafft. Andererseits geht die Politik der EU in Richtung einer Zusammenarbeit mit Staaten und Regionen, die jenseits ihrer Grenzen liegen. Auch der Europarat fördert seit langem, nicht zuletzt durch das 1980 in Madrid unterzeichnete Rahmenabkommen über die grenzüberschreitende Zusammenarbeit, 'weiche' Formen der Grenzkontrollen sowohl an den Binnen- als auch an den Außengrenzen. Wie sollten die Grenzkontrollen an den Grenzen Europas in Zukunft aussehen? Die immer wiederkehrenden dramatischen Ereignisse im Mittelmeer, wo schon über zehntausend Flüchtlinge den Tod gefunden haben, zeigen, dass es hier noch enorme Probleme gibt. Die Frage ist aber auch, welche Rolle die grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den jenseits der europäischen Grenzen liegenden Regionen und Gebietskörperschaften spielen kann, damit einseitig die unmenschlich 'harten' Grenzen überflüssig werden, andererseits aber die existierenden Grenzen nicht allzu durchlässig werden? In Anbetracht der Tatsache, dass vor allem zwischen Europa und Afrika ein enormes Entwicklungsgeschehen überwatcht werden. Auch die Sicherheit Europas ist im Zuge von weltweiten illegalen Migrationsströmen, Menschenhandel und terroristischen Aktivitäten zu gewährleisten.

Der 50. Jahrestag der Unterzeichnung der Römischen Verträge bot der «Autonomen Region Trentino-Südtirol» den Anlass dazu, in Zusammenarbeit mit der «Italienisch-Deutschen Gesellschaft für Soziologie» im März 2007 eine Tagung zu veranstalten, die Antworten auf diese Fragen nach den Grenzen «Europas» geben sollte. Die Tagung setzte sich zum Gedanken an dieses Ereignis das Ziel, einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit einem für die Zukunft Europas grundlegenden Thema zu liefern, ausgehend von einer Region, die an der Grenze zwischen zwei großen europäischen Kulturkreisen liegt und die Heimat von Alcide

Degasperi, einem der Gründerväter Europas, war. Dieser Band enthält die wichtigsten Beiträge zur Tagung, verfasst von führenden Europaforschern aus Deutschland, Österreich und Italien. Die Tatsache, dass der Band erst mit einiger Verzögerung erscheint, beeinträchtigt die Relevanz der Beiträge keineswegs, da diese durchwegs grundlegende Fragen, Probleme und Tendenzen behandeln, die auch im Rahmen der jüngsten Entwicklungen nicht an Bedeutung verloren haben.

Die ersten drei Beiträge behandeln Grundfragen der Geschichte Europas und der Identität der Europäischen Union. *Peter Flora* behandelt in seinem historisch-soziologischen Beitrag zum Thema «Die Geschichte Europas – Faktor der Gemeinsamkeit oder Spaltung? Überlegungen aus der Sicht der historischen Soziologie» die Frage, wie es zu der weltweit einmaligen Integration unabhängiger Nationalstaaten in eine mit weitreichenden Kompetenzen ausgestattete übernationale Gemeinschaft kommen konnte. Er sieht darin einen weiteren Schritt des historischen Sonderwegs Europas, der bereits im Mittelalter begann, mit einer einzigartigen Ausdifferenzierung zwischen weltlicher und geistlicher Macht, sich fortsetzende in Spaltungen nicht nur zwischen Ost und West, sondern auch innerhalb Westeuropas (Protestantismus vs. Katholizismus), und in neuester Zeit zur Ausbildung eines Systems von konsolidierten Nationalstaaten führte, deren kriegerische Neigungen jedoch gezähmt werden konnten. Der Beitrag von *Richard Münch* über «Christentum oder Zivilreligion als Grundlage der europäischen Identität?» untersucht die Frage, welcher Art die kulturelle Fundierung sein könnte, die für die Europäische Union gelten sollte. Eine solche sei jedenfalls notwendig, wenn man Durkheim's These folge, dass eine Mindestzahl nicht weiter hinterfragbarer ethischer Grundsätze essentiell für das Funktionieren einer Gesellschaft sei. In Frage kämen hier das Christentum oder eine «Zivilreligion» nach Rousseau, wie sie im Modell des französischen Republikanismus institutionalisiert wurde. Münch argumentiert, das Christentum eigne sich nicht, da es ebenso häufig Ursache für Spaltungen wie für Integration gewesen sei. Aber auch das Modell des republikanischen Nationalstaat. Eher gelte dies für das britische Toleranzmodell, in welchem Integration vor allem durch Marktbürgerschaft und Rechtsordnung bewirkt werde. *Christoph Deutschmann* behandelt das Thema «Der Euro als Symbol Europas. Zum Problem der Wirtschaftslastigkeit der europäischen Integration». Ausgehend vom Faktum, dass die wirtschaftliche Integration offenkundig deutlich weiter vorangeschritten ist als die politische, stellt er in Frage, ob sich die EU je zu einer «Nation» im klassischen Sinne weiterentwickeln könne. Allerdings haben, so seine These, auch wirtschaftliches Wachstum, Arbeitsmarktintegration und die Durchsetzung einer gemeinsamen Währung und Geldwirtschaft starke Integrationskraft; diese kann allerdings selbst wieder in Frage gestellt werden, wenn die wirtschaftliche Dynamik nachlässt, Aufstiegsmöglichkeiten als Folge von berufsstrukturellen und anderen Sättigungstendenzen geringer werden.

Die drei nächsten Beiträge untersuchen jeweils spezifische Faktoren und Mechanismen, welche heute von großer Bedeutung für die europäische Integration sind. *Rolando Marini* untersucht in seinem Beitrag «Fokussierung und Ablenkung: Die Darstellung der EU im nationalen Journalismus» die Frage, warum das

Thema «Europa» in den großen nationalen Medien der Mitgliedsländer nur eine relativ untergeordnete Bedeutung besitzt. Er sieht dafür einerseits die Ursache in der Komplexität und Langsamkeit der Entscheidungsprozesse auf der Ebene der EU, wodurch der Nachrichtenwert entsprechender Meldungen gering bleibt, andererseits in der Fokussierung der Medien auf innenpolitische Ereignisse. Trotzdem konstatiert er einen zwar langsamen, aber doch kontinuierlichen Prozess der Entstehung einer europäischen Öffentlichkeit. *Maurizio Bach* zeigt in seinem Beitrag «Grenzenabbau in Europa und die Europäisierung sozialer Ungleichheit» den engen Zusammenhang auf, der zwischen der Etablierung der neuen Außengrenzen der EU und dem Aufbau neuer innerer Differenzierungen innerhalb der EU besteht. Hier sind vor allem zwei Aspekte von Bedeutung: eine abgestufte Integration der Mitgliedstaaten je nach ihrer Position in Zentrum oder Peripherie und eine abgestufte Inklusion durch die Bürgerrechte innerhalb der EU. *Pierpolo Donati* stellt sich die Frage «Welche europäische Staatsbürgerschaft? Eine Festung bauen oder ein neues Modell einer offenen Staatsbürgerschaft schaffen?». Er argumentiert, dass von der EU bislang verfolgte Staatsbürgerschaftsmodell sei zu stark wirtschaftsliberal und politisch an Hobbes orientiert. Notwendig und auch möglich sei vielmehr ein Modell, das stärker auf lokale Gebietskörperschaften und zivilgesellschaftliche Akteure und Netzwerke baue; damit würden auch soziale Rechte gegenüber wirtschaftlich-politischen an Bedeutung gewinnen und die europäische Staatsbürgerschaft einen offeneren und kosmopolitischen Charakter erhalten.

Die drei letzten Beiträge befassen sich mit grundsätzlichen Fragen der zukünftigen Ausrichtung der Europäischen Union im Hinblick auf die Nachbarländer und ihre Rolle in der Welt. *Luigi Perrone* konstatiert in seinem Beitrag «Der neue unsichtbare Eisene Vorhang im Mittelmeer und die Formen der Abschreckung gegen die Einwanderung in die EU-Länder» einen Widerspruch zwischen europäischen Grundwerten und der aktuellen Strategie der EU und ihrer Mitgliedsländer. So werde Einwanderung nur aus der Perspektive eines funktionierenden Arbeitsmarktes für billige, gegebenenfalls wieder in ihre Heimatländer zurückzu sendende Arbeitskräfte betrachtet. Am Fall Italien zeigt er, dass auch in diesem Land, das sich noch bis in die 1980er Jahre als Auswanderungsland definierte, Einwanderung heute zunehmend unter Sicherheitsaspekten gesehen wird und insbesondere Migranteninnen und Migranten aus dem Süden zunehmend kriminalisiert werden. *Stefan Immerfall* und *Rudolf Wichard* diskutieren in ihrem Beitrag «Europa vom Atlantik bis zum Ural oder nur bis zu den Ostgrenzen der EU?» die Frage, ob sich Grenzen Europas bestimmen lassen, auf deren Basis man sagen könne, welche Länder in Zukunft Mitglieder der EU werden könnten und welche nicht. Eine besondere Frage stellt hierbei die Ostgrenze der Europäischen Union dar. Während sich die EU-Osterweiterung bis heute doch insgesamt eher als Erfolg erweist, könne man daraus nicht ohne weiteres ableiten, dass die Osterweiterung so weit gehen könne, auch die Nachfolgestaaten der Sowjetunion und Russland selbst als zukünftige EU-Mitglieder zu betrachten. Ähnliches gelte für die Türkei. Ihrer Meinung nach könne sich die Sicht auf diese Länder, die de facto ja schon stark in die EU integriert sind, in Zukunft durchaus ändern; demzufolge müsse sich die Frage nach zukünftigen Erweiterungen an den jeweiligen Opportunitäten

orientieren. *Paolo Foradori* und *Riccardo Scartezini* heben in ihrem Beitrag «Die Europäische Union: Modell einer neuen friedlichen 'Zivilmacht' oder Ambitionen als zweite politische 'Supermacht'?» die überraschenden Fortschritte der EU im Hinblick auf den Aufbau einer eigenen militärischen Kapazität hervor und stellen die Frage, ob dadurch nicht die alte Vision von der Europäischen Gemeinschaft als «Zivilmacht», *soft power* oder *normative Macht* in Frage gestellt werde. Sie sehen darin nicht unbedingt einen Widerspruch: durch ihre Betonung der Prinzipien von Multilateralismus und präventivem Konfliktengagement könne die EU ihre traditionelle und einmalige weltpolitische Rolle durchaus weiter spielen; einen Indikator dafür sehen sie in ihrer entschiedenen Haltung gegen Atomwaffen.

Graz, März 2014

Max Haller

Ben 57 anni fa, sei Paesi europei, che durante la Seconda guerra mondiale erano stati in parte in guerra tra di loro, firmarono a Roma un accordo che rafforava notevolmente la CECA (Comunità Economica del Carbone e dell'Acciaio), comunità europea fondata nel 1951, e dava al processo di unificazione economica e politica dell'Europa un nuovo impulso. Questo processo si svolse con continuità e per spinte successive: nel 1973 con l'integrazione della Gran Bretagna, dell'Irlanda e della Danimarca, nel 1981 con quella della Grecia, nel 1986 di Portogallo e Spagna, nel 1995 di Austria, Finlandia e Svezia, nel 2004, dopo la caduta della cortina di ferro, con nove Paesi postcomunisti dell'Europa dell'Est e Cipro, nel 2007 con Bulgaria e Romania e nel 2013 con la Croazia. Altri Stati nati dall'adesione o stanno alla porta. L'Unione Europea conduce trattative per la Federazione Russa, con la Bielorussia, l'Ucraina, la Moldavia e la Turchia. La UE ha ben mezzo miliardo di abitanti ed è diventata una calamita per tutti i Paesi limitrofi. I confini orientali dell'Unione Europea sono ancora tutt'altro che definitivi, poiché alcuni Paesi dell'allora Unione Sovietica aspirano anch'essi ad un'adesione. Nell'Ucraina la spaccatura tra i sostenitori di un corso pro-UE e quelli che si schierano per un mantenimento del rapporto con la Russia ha condotto quest'anno (2014) quasi ad una guerra civile. All'infuori della Bielorussia, tutti i Paesi postsovietici fanno già parte del Consiglio d'Europa, la prima organizzazione paneuropea dopo la Seconda guerra mondiale, che è sorta come importante luogo di scambio e di collaborazione politica tra Stati, parlamenti, amministrazioni europee regionali e locali, indipendentemente dalla loro appartenenza alla UE. Esistono addirittura proposte di allargamento della UE a Israele e ad altri Paesi che confinano con il Mar Mediterraneo orientale e meridionale.

L'ampliamento della UE ha comportato e continua a comportare problemi in relazione al funzionamento delle istituzioni comunitarie. Il Trattato di Lisbona, che rappresenta per la UE una nuova sistemica cornice istituzionale, doveva essere una risposta a questi problemi e tuttavia porta a sua volta con sé la questione della definizione dell'identità europea e del rapporto con i confini della UE. Le istituzioni europee (UE e Consiglio d'Europa) hanno stabilito, come criteri per l'ammissione all'adesione, il rispetto dei diritti dell'uomo, l'esistenza di uno Stato di diritto e delle regole della democrazia (così come, naturalmente, l'accettazione di tutti i regolamenti interni già esistenti), ma non hanno esplicitamente fissato alcun ulteriore criterio riguardo all'identità o all'appartenenza. Una gran parte dei popoli europei ritiene tuttavia incompleti questi criteri. Questo vale soprattutto nei confronti di Paesi come la Turchia, che sono impregnati di una cultura prevalentemente islamica che si distacca dall'influsso cristiano

peraltro predominante. Se le trattative per l'adesione si dovessero concludere — cosa che è del tutto probabile — e se la Commissione Europea dovesse raccomandare l'accettazione della Turchia, si potrebbe verificare un forte rischio di rottura poiché più Paesi (come Francia, Germania e Austria) nutrono sostanziali riserve nei confronti di essa o hanno annunciato un referendum popolare al riguardo. Le questioni affrontate da questo volume sono perciò attualissime: quali dovrebbero essere le caratteristiche fondamentali dell'Unione Europea allargata? È sufficiente una comunità che — a prescindere da interessi economici — si fondi unicamente sui diritti dell'uomo oppure, per motivi storici e guardando al futuro, è necessario prendere in considerazione e fissare contrattualmente anche altri principi e valori, cioè fattori di una comune identità europea? La questione fondamentale del presente volume è quindi: in quale relazione reciproca stanno l'«idea di Europa» e la reale Unione Europea?

Due fattori hanno rafforzato senza dubbio la coscienza di appartenere ad una nuova comunità politica, e cioè la sottoscrizione della Convenzione di Schengen da parte della maggior parte dei Paesi UE e anche di alcuni altri Stati, e l'irradiazione della moneta unica. I membri del Trattato di Schengen hanno rafforzato in seguito il controllo dei loro confini esterni, mentre sono stati smantellati per la maggior parte i confini interni. D'altra parte, la politica della UE va nella direzione di una collaborazione con Stati e Regioni, che stanno al di là dei propri confini. Anche il Consiglio d'Europa promuove da molto, non da ultimo attraverso l'accordo-quadro sulla collaborazione transfrontaliera, firmato a Madrid nel 1980, forme «morbide» di controllo dei confini, sia sui confini interni che su quelli esterni. Come dovrebbero essere i futuri controlli ai confini dell'Europa? I drammi e i ricorrenti avvenimenti nel Mar Mediterraneo, dove hanno trovato la morte già più di 10.000 profughi, mostrano che qui sussistono ancora enormi problemi. Ci si deve però chiedere anche quale ruolo possa giocare la collaborazione transfrontaliera con quelle Regioni e quegli Enti territoriali che stanno al di là dei confini europei, affinché da una parte i confini «rigidi», disumani, diventino superflui e, d'altra parte, i confini esistenti non diventino troppo permeabili. In considerazione del fatto che soprattutto tra l'Europa e l'Africa esiste un enorme divario di sviluppo, le correnti migratorie devono essere controllate e sorvegliate in forme regolate. Anche la sicurezza dell'Europa stessa va garantita in presenza di correnti migratorie mondiali illegali, del commercio di esseri umani e di attività terroristiche.

Il 50° anniversario della firma degli Accordi di Roma ha offerto alla «Regione Autonoma Trentino-Alto Adige» l'occasione per organizzare nel marzo 2007, in collaborazione con l'«Associazione Italo-Tedesca di Sociologia», un convegno che doveva dare risposte a queste domande sui confini dell'«Europa». Il convegno si è posto, a ricordo di tale evento, l'obiettivo di fornire un contributo alla discussione di un tema fondamentale per il futuro dell'Europa, partendo da una Regione che si trova al confine tra due grandi ambiti culturali europei e che è stata la patria di Alcide De Gasperi, uno dei padri fondatori dell'Europa. Questo volume contiene i più importanti contributi del convegno, redatti da ricercatori europei di primo piano di Germania, Austria, Italia. Il fatto che il volume esca

con un certo ritardo non pregiudica assolutamente la rilevanza dei contributi, poiché questi trattano sempre fondamentali questioni, problemi e tendenze che, anche nella cornice dei più recenti sviluppi, non hanno perduto di importanza.

I primi tre contributi affrontano questioni fondamentali della storia dell'Europa e dell'identità dell'Unione Europea. Peter Flora tratta, nel suo contributo storico-sociologico sul tema «La storia d'Europa – fattore di comunanza o di divisione? Riflessioni nell'ottica della sociologia storica», la questione di come sia potuta arrivare all'integrazione, unica a livello mondiale, di Stati nazionali indipendenti in una comunità sovranazionale dotata di ampie competenze. Flora vede in ciò un ulteriore passo del particolare percorso storico dell'Europa, che è cominciato già nel Medioevo, con lo sviluppo di una distinzione unica nel suo genere tra il potere secolare e il potere spirituale, è proseguito nelle scissioni non solo tra Est e Ovest, ma anche all'interno dell'Europa occidentale (Protestantesimo vs. Cattolicesimo) e in tempi recenti ha portato alla formazione di un sistema di Stati nazionali consolidati, le cui inclinazioni belliche hanno potuto essere tuttavia dominate. Il contributo di Richard Münch su «Cristianesimo o religione civile a fondamento dell'identità europea?» si domanda di quale tipo potrebbe essere il fondamento culturale valido per l'Unione Europea. E in ogni caso indispensabile che ce ne sia uno, se si segue la tesi di Durkheim che afferma che un numero minimo di principi etici non negoziabili sia essenziale per il funzionamento di una società. Si può qui prendere in considerazione, secondo l'autore, il cristianesimo oppure una «religione civile» rousseauiana, come quella che venne istituzionalizzata nel modello del repubblicanesimo francese. Münch argomenta che il Cristianesimo non è adatto, poiché esso è stato spesso causa sia di scissioni che di integrazione. Ma anche il modello del repubblicanesimo non sarebbe adatto, poiché esso è troppo strettamente legato allo Stato nazionale specificamente francese. Si potrebbe pensare piuttosto al modello britannico della tolleranza, in cui l'integrazione si realizza soprattutto attraverso la cittadinanza economica nel quadro del libero mercato e attraverso l'ordinamento giuridico. Christoph Deutschmann tratta il tema «L'Euro come simbolo dell'Europa. Il problema dell'eccessivo peso dell'economia sull'integrazione europea». Partendo dal dato di fatto che l'integrazione economica è palesemente più avanzata dell'integrazione politica, pone la domanda se la UE possa svilupparsi ulteriormente diventando una 'nazione' in senso classico. In ogni caso, questa è la sua tesi, anche la crescita economica, l'integrazione del mercato del lavoro e l'affermazione di una moneta e di una economia monetaria comuni hanno una notevole forza di integrazione; questa può tuttavia essere messa di nuovo in dubbio, se la dinamica economica rallenta e le possibilità di ascesa sociale diminuiscono come conseguenza di tendenze di saturazione per ciò che riguarda la struttura del lavoro e altri fattori.

I tre contributi successivi analizzano rispettivamente specifici fattori e meccanismi che oggi sono di grande importanza per l'integrazione europea. Rolando Marini prende in esame, nel suo contributo «Concentrazione e distrazione: come i giornalismo nazionali rappresentano l'Unione Europea», la questione del perché il tema «Europa» abbia nei grandi media nazionali degli Stati membri solo un'importanza piuttosto secondaria. Egli vede la causa di ciò da un lato nella complessità

e lentezza dei processi decisionali a livello dell'Unione Europea, per cui la notizia delle relative informazioni resta scarsa, dall'altro lato nel focalizzarsi dei media sugli avvenimenti di politica interna. Ciononostante constata un lento, ma tuttavia costante processo di formazione di un'opinione pubblica europea. Maurizio Bach mostra, nel suo contributo «Smantellamento dei confini in Europa ed europeizzazione della disuguaglianza sociale», lo stretto nesso che esiste tra lo stabilire i nuovi confini esterni della UE e la creazione di nuove differenziazioni interne alla UE. Sono rilevanti in questo contesto soprattutto due aspetti: un'integrazione degli Stati membri su diversi livelli a seconda della loro posizione nel centro o alla periferia e livelli diversi di inclusione definiti dai diritti civili all'interno della UE. Pierpaolo Donati si chiede: «Quale cittadinanza europea? Costruire una fortezza o creare un nuovo modello di cittadinanza aperta?». Argomenta che il modello di cittadinanza perseguito finora dalla UE è esageratamente economico-liberale e politicamente ispirato a Hobbes. Necessario e anche possibile è piuttosto un modello che faccia più affidamento su enti territoriali locali e attori e reti della società civile; con esso anche i diritti sociali nei confronti di quelli economico-politici acquisterebbero importanza e la cittadinanza europea assumerebbe un carattere più aperto e cosmopolita.

Gli ultimi tre contributi si occupano di questioni di principio relative alle prospettive future dell'Unione Europea riguardo agli Stati confinanti e al suo ruolo nel mondo. Luigi Perrone, nel suo contributo «La nuova invisibile cortina di ferro nel Mediterraneo e le forme di dissuasione dell'immigrazione nei Paesi della UE», prende atto di una contraddizione tra i valori fondamentali dell'Europa e l'attuale strategia della UE e dei suoi Stati membri. Così l'immigrazione viene vista solo nella prospettiva di un mercato del lavoro funzionante per forza lavoro a buon prezzo, da rispettare eventualmente nei Paesi di origine. Citando il caso dell'Italia, mostra che anche in questo Paese, che fino agli anni Ottanta si definiva un Paese di emigrazione, oggi l'immigrazione viene vista sempre di più sotto l'aspetto della sicurezza, e in particolare donne e uomini migranti dai Paesi del Sud vengono sempre più criminalizzati. Stefan Immerfall e Rudolf Wichard discutono nel loro contributo «L'Europa dall'Atlantico agli Urali, oppure soltanto fino ai confini orientali dell'UE?» la questione se sia possibile definire dei confini d'Europa sulla base dei quali dire quali Paesi in futuro potrebbero diventare membri della UE e quali no. Un particolare problema rappresenta in proposito il confine orientale dell'Unione Europea. Mentre l'allargamento a Est della UE fino ad oggi si dimostra nell'insieme un discreto successo, non se ne può senz'altro dedurre che l'allargamento a Est possa andare talmente lontano da prendere in considerazione come futuri membri UE anche gli Stati formati dopo la dissoluzione dell'Unione Sovietica e la stessa Russia. Lo stesso vale per la Turchia. Secondo gli autori, il modo di concepire questi Paesi, che di fatto sono già fortemente integrati nella UE, potrebbe anche cambiare; perciò la domanda sui futuri allargamenti deve prendere come punti di riferimento le convenienze che di volta in volta si presentano. Paolo Fordoni e Riccardo Scatzezzini nel loro contributo «L'Unione Europea: modello di una nuova 'forza civile' pacifica o ambizioni da seconda 'superpower' politica?» mettono in evidenza i sorprendenti progressi

della UE riguardo alla creazione di una propria capacità militare e pongono la domanda se attraverso di essa la vecchia immagine della Comunità Europea come 'potenza civile', soft power o potenza normativa non venga messa in discussione. Gli autori non vedono in ciò necessariamente una contraddizione: affermando i principi di multilateralismo e l'impegno a prevenire i conflitti, la UE potrebbe anche continuare a giocare il suo tradizionale, e unico, ruolo in politica internazionale; un indicatore in questo senso gli autori lo vedono nella sua decisa posizione contro le armi nucleari.

Graz, marzo 2014

Max Haller

(Trad. Maria Gabriella Nicolussi Rossi)

Premessa terminologica*

Reinhard Schmidt

L'impegno di chiarificazione terminologica nella laboriosa messa a punto redazionale della versione bilingue del presente volume ha comportato la riflessione concettuale e l'approfondimento lessicale intorno ad alcuni temi centrali della ricerca teorico-sociologica e storico-politica sugli sviluppi del processo di unificazione e di allargamento dell'Unione Europea, mettendo a fuoco, in particolare, i concetti che definiscono la cittadinanza europea, l'appartenenza alla comunità degli Stati membri europei e ai suoi ordinamenti sociali, i confini dell'Unione. Nel dibattito sull'allargamento dell'Unione Europea ricorrono inoltre una serie di termini specifici, tedeschi e italiani, la cui trasposizione nella rispettiva lingua di arrivo non è scontata né intuitiva.

1. La naturale corrispondenza «confine - Grenze», inevitabilmente al centro del discorso scientifico sull'allargamento dell'Unione Europea, costituisce il punto di partenza per l'esplorazione dell'intero campo lessicale relativo al concetto di «confine», inteso soprattutto come istituzione sociale e come risultato di dinamiche e strutture sociali. La coppia «confine - Grenze» copre pertanto non solo la formazione o nascita di confini (*Grenzbildung*), risultante dall'atto potenziale con il quale viene tracciato o determinato un confine (*Grenzsetzung*, *Grenzziehung*), ma anche, da un lato, la stabilizzazione dei confini (*Grenzstabilisierung*, *Grenzverstärkung*) e, dall'altro lato, lo smantellamento degli stessi (*Grenz(en)-abbau*). Se storicamente i processi di delimitazione (*Grenzprozesse*) sono stati caratterizzati dal mantenimento e dal consolidamento dei confini (*Konsolidierung von Grenzen*, *Grenzbefestigung*) e dei tracciati confinari (*Grenzerläufe*), l'unificazione europea si interroga sulle ragioni dei confini tracciati nel corso della storia (*historische Grenzbeziehungen*) e della relativa delimitazione territoriale (*territoriale Begrenzung*) e si muove progressivamente nella direzione dello smantellamento delle barriere nazionali (*Abbau von nationalen Barrieren*), ponendo le condizioni del venir meno dei confini (*Entgrenzungen*). Vale la pena di sottolineare che, per rendere in italiano il termine *Abbau*, abbiamo evitato qui

(*) La formulazione bilingue del presente volume e le scelte terminologiche adottate, oltre che dell'impegno delle traduttrici e dei traduttori, sono frutto, ancora una volta, della proficua collaborazione, dell'approfondimento comune e del confronto tra il sociologo Lauro Struffi e il linguista Reinhard Schmidt. La stesura bilingue della *Premessa terminologica* è opera di Reinhard Schmidt.